DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN SCHREIBMASCHINEN

NORDDEUTSCHE FRESSE

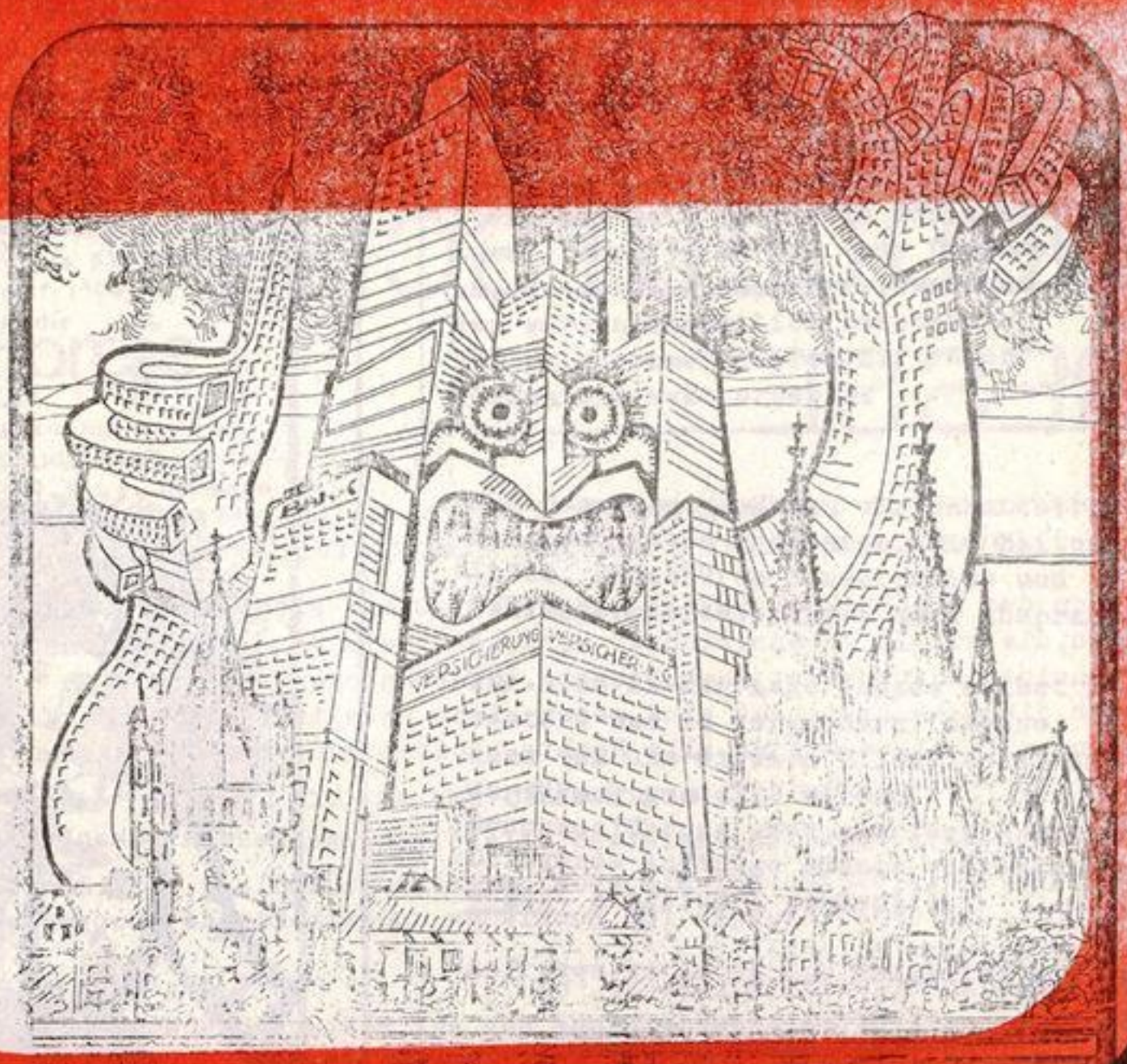
NR Fünf

26. OKTOBER 1974

PREIS: 0,50 DM

Der bessere Einkauf

Am 31. Oktober wird das Ihme-Zentrum eröffnet.



ANARCHO-MUND TUT WAHRHEIT KUND !

ANZEIGE

VERLAG FREIE GESELL-SCHAFT

anarchistische texte

6 frankfurt18, Postfach 0132

Erschienene B ü c h e r:

Was ist eigentlich Anarchie?
Eine Einführung in die Geschichte,
Theorie und Praxis des Anarchismus
1oo Seiten DM 2,--

Rudolf Rocker: Absolutistische Gedankengänge im Sozialismus
48 Seiten DM 1,5o

P.J. Proudhon: Was ist das Eigentum
Bd. 1 118 Seiten DM 3,--

Kurzbiografien und Kommentare
von bekannten Anarchisten
8o Seiten DM 2,--

Borgius: Ideenwelt des Anrchismus
8o Seiten DM 2,5o

Diese Broschüren, sowie die
FREIE PRESSE und die BEFREIUNG
sind auch über uns zu beziehen.

N e u e r s c h e i n u n g e n :

Wil. Reich: Hör zu, Kleiner Mann
92 Seiten DM 4,--

J. H. Mackay: Sturm
Sozialrevolutionäre Gedichte
1oo Seiten DM 5,--

B.R. Tucker: Staatssozialismus
und Anarchismus
34 Seiten DM 1,5o

Bio- und Bibliografie von Max
Nettlau, 3o Seiten DM 1,5o

F. Constantini: Bilder aus der
Geschichte des Anarchismus
DM 1,5o

Sexpol
(Paul Albrecht, Madlène Vernet
Emma Goldmann) ca- 1oo S. DM 5,--

NORDDEUTSCHE FRESSE

HerausgeberAnschrift des Redaktionskollektivs und presserechtlich verantwortlich:
Gerhard Knapienski 3 Hannover Steintorfeldstr.4

Fotos: von der APH(ANARCHO PRESSE HANNOVER) soweit nicht anders gekennzeichnet
Meldungen, die mit ID gekennzeichnet sind, haben wir vom Informationsdienst,
der erscheint in Frankfurt, Homburgerstr.36, übernommen
Meldungen, die gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des
Redaktionskollektives wieder, alle Rechte bleiben dann bei den Verfassern

Die NORDDEUTSCHE FRESSE erscheint monatlich.

Die Redaktionssitzungen sind meistens öffentlich, und werden bekanntgegeben

Einzelbestellungen werden nur als Abos gegen Vorauszahlung von 12DM für 12 Ausgaben
durchgeführt, Lieferbedingungen für Buchläden und arbeitende Gruppen auswärts
werden auf Anfrage mitgeteilt
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. o3/74
Alle Zahlungen mit befreiender Wirkung nur auf Postscheckkonto:
Gerhard Gansert 3 Hannover Kontonummer: Han 4106 19-3o6
Auflage z.Z. 5oo Druck: Eigendruck

Preis o,5oDM
Buchläden zzgl.Porto

INHALT

S. 4 Ihme-Zentrum
S. 9 Todesstrafe durch die Hintertür
S.11 Klaus Öllerer
S.16 antimilitaristischer Kampf
S.17 Leonard Cohen in Hannover
S.18 Gedenk Tag
S.19 Keine Satire!
S.2o hat uns ein Genosse zum Ihme-Zentrum Artikel gezeichnet

ANZEIGE

lest

befreiung

ANARCHISTISCHE ZEITUNG
Seit 26 Jahren
Bezug:
5 Köln 1, Moltkestraße 27

ANZEIGE

Best:impuls, 633 Wetzlar, Postf. 1704; 1,-DM

lest die

FREIE presse

libertäres magazin mit nachrichten, informationen und meinungen für jedermann.

APH Offsetdruck

OFFSET DIN A4 einfarbig:

Auflage	einseitig	Beidseitig
25o	15,5oDM	2B,5oDM
5oo	21,5oDM	31,5oDM
1ooo	32,-DM	45,--DM
2ooo	53,5oDM	77,--DM
3ooo	76,--DM	1o3,--DM
5ooo	118,--DM	156,--DM
1oooo	23o,5oDM	3o3,--DM

Die Preise verstehen sich inklusive wiederverwendbareb Aluminiumdruckplatten, Papier und allen Nebenkosten. Zur Zeit liegt ein Papierkostenanteil von 15,-DM bei 1ooo Drucken an, eventuelle Papierpreiserhöhungen werden zusätzlich berechnet. Bei rein kommerziellen Aufträgen müssen wir Mwst erheben.

Für Genossen gewähren wir Rabatte!!!
Bei bestimmten Projekten, wie Zeitungen, Infos, Broschüren Sonderpreise und Zahlungserleichterungen nach Absprache!

Wir sind in der Lage Photos selbst zu rastern und zu vergrößern, ebenso kann von uns eigenes Bildmaterial zur Verfügung gestellt werden.
Druckausführung auch mehrfarbig möglich!
Dringende Aufträge können werktags auch sofort ausgeführt werden!!!

Anfragen bitte an die Redaktion oder an:

ANARCHO PRESSE HANNOVER
c/o Gerhard Gansert
3 Hannover Bronsartstr. 23
Telephon: 44 33 59

ihme zentrum hannover

Ab Ende Oktober soll das Ihme-Zentrum bezugsfertig sein.Und gerade in den letzten "ochen haben wir auch wieder Gerüchte gehört,man wolle das Ihme-Zentrum besetzen.Nun solche Gerüchte sind in Hannover nichts neues,alle Jahre wieder tauchen sie auf.Doch diesmal müsste ein potentieller Besetzer Ernst machen.Das Ihme-Zentrum ist endlich bezugsfertig und Leute,die keine Wohnung finden gibts auch.Grund genug sich einmal anzusehen,auf welchem politischen Hintergrund eine solche Besetzung stattfinden würde.

Das Ihme-Zemtrum ist eins von mehreren Grossbauprojekten,die zusammen mit Flughafen und U-Bahn Hannover seinem Zukunftsbild näherbringen sollen.Zu nennen wäre das Kröpcke-Center und der Bredero-Grosskomplex am Raschplatz.Die Beton-Giganten enthalten Büro und Gewerbefläche und Eigentumswohnungen,sind also ganz auf die Bedürfnisse des Kapitals zugeschnitten.Was steckt hinter diesen Bauprojekten?

Die HAZ vom 3.9.74 meldet einen rückläufigen Trend bei Büromieten nach"eimem Jahrelang überhitzten Markt".Gesprochen wird von zu kleiner City und von grosser Nachfrage und geringem Angebot an City-Flächen.Hier hat die Stadt Abhilfe geschaffen.Mit besagten Grossbauten ist jetzt wieder genug Bürofläche in City-nähe vorhanden.Woher kommt die grosse Nachfrage?

Hannover liegt verkehrsgünstig,mehr noch, Hannover ist zentraler Verkehrsknotenpunkt im norddeutschen Raum.Ein idealer Standort für Kapitalinteressen.Die Stadt hat auch ein eigenes Interesse an der zukunftsträchtigen Baupolitik,möchte sie doch über die bestehende Nachfrage hinaus auch weiter für Investoren attraktiv sein.Auch für Verwaltungsaufgaben und die grosse Politik wird gebaut.Ein weiteres Grossbauprojekt ist das Regierungsviertel am Waterlooplatz.HAZ vom 3o.8.74 anlässlich der Eröffnung des Hotels am Stadtpark(nähe Stadthalle):"Die Messestadt Hannover ist ihrem Ziel auch als Kongresszentrum Rang und Anerkennung zu erwerben,einen beträchtlichen Schritt nähergerückt".
Die Zukunft für die man jetzt schon baut:

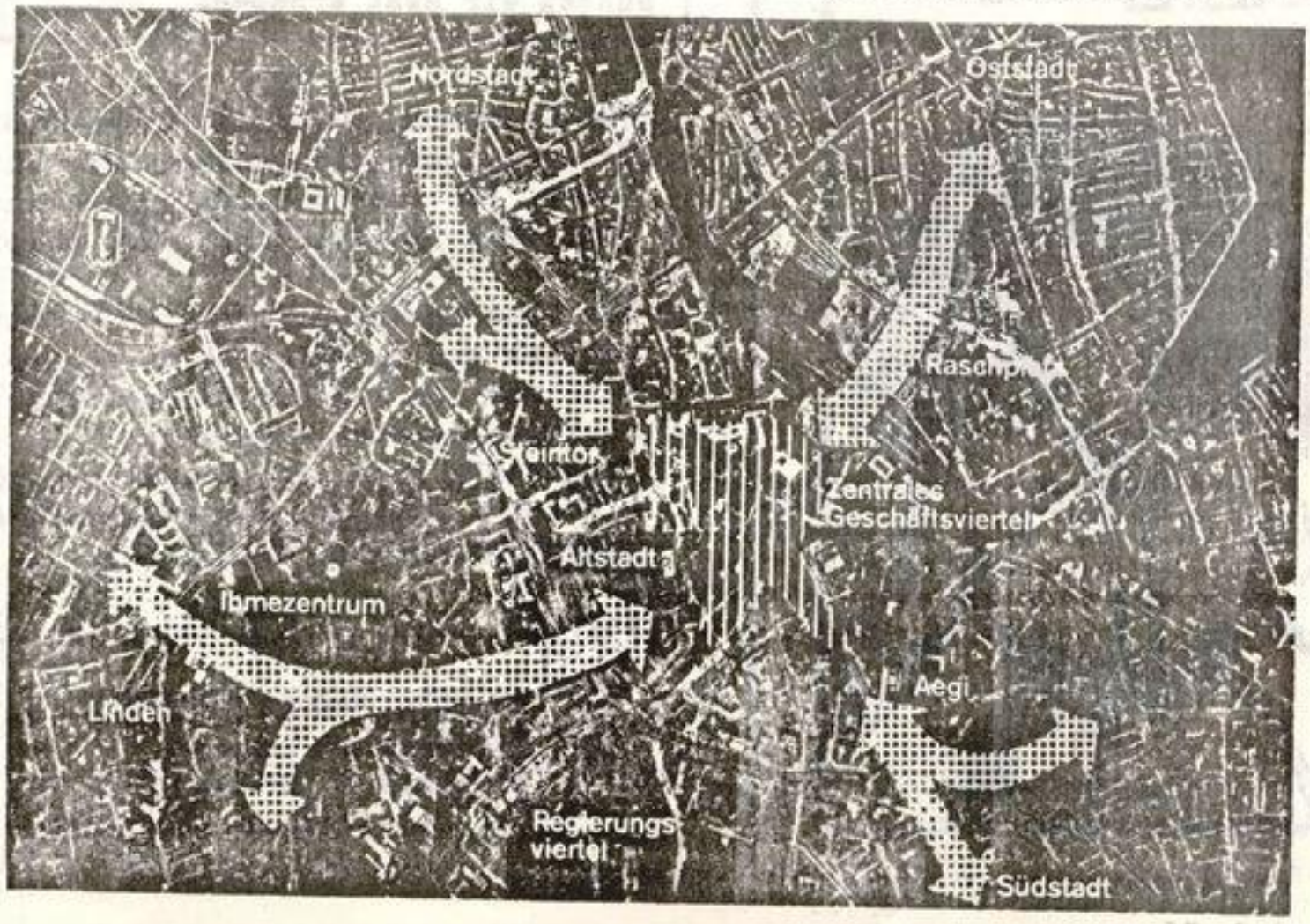
Es bestehen Pläne die Bundesländer in ihrer bisherigen Form aufzulösen und neuzugliedern. Dann würde aus den Ländern Niedersachsen,Hamburg,Bremen und Schleswig-Holstein ein Nordstaat entstehen,dessen Hauptstadt Hannover wäre.So kann man es nachlesen in Beiträge zum Flächennutzungsplan Heft 3 herausgegeben vom Stadtplanungsamt Nov.197o.
Zu den Bauplänen heisst es in dieser Schrift:

Entwicklungsrichtungen

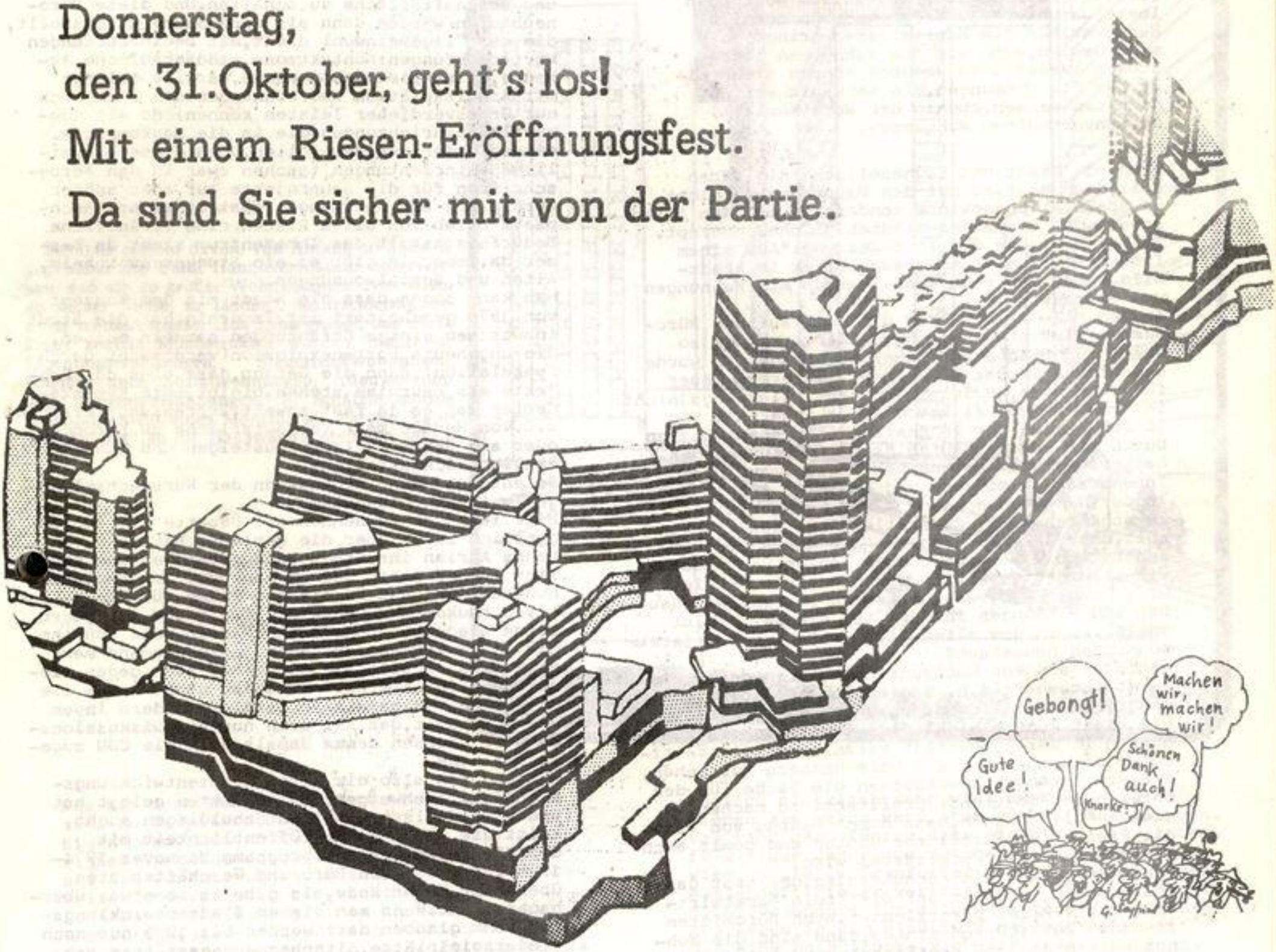
Um die hannoversche City liegt eine Zone, die extensiv bebaut ist und die weder viele Wohnungen noch viele Arbeitsplätze enthält. Sie trennt die citynahen Wohngebiete von der eigentlichen Innenstadt. Die radial verlaufenden Einkaufsstraßen der Oststadt, der Südstadt, Lindens und der Nordstadt haben ungenügende Verbindung zum zentralen Einkaufsgebiet.

Der noch immer wachsende Bedarf an Verkaufsflächen und Büroflächen und der Wunsch, wieder Wohnungen in der Innenstadt zu bauen, wird zu einem weiteren Citywachstum führen. Durch Schließen der Lücke zwischen den publikumsintensiven Zonen der zentrumsnahen Wohngebiete und der City durch besonders attraktive Baukomplexe kann eine sternförmige Entwicklung eingeleitet werden, die lange Kontaktzonen zwischen Wohngebieten und City entstehen läßt.

Die verdünnte Zone am Cityrand bietet sich zu einer sternförmigen Entwicklung zu den zentrumsnahen Wohngebieten hin an



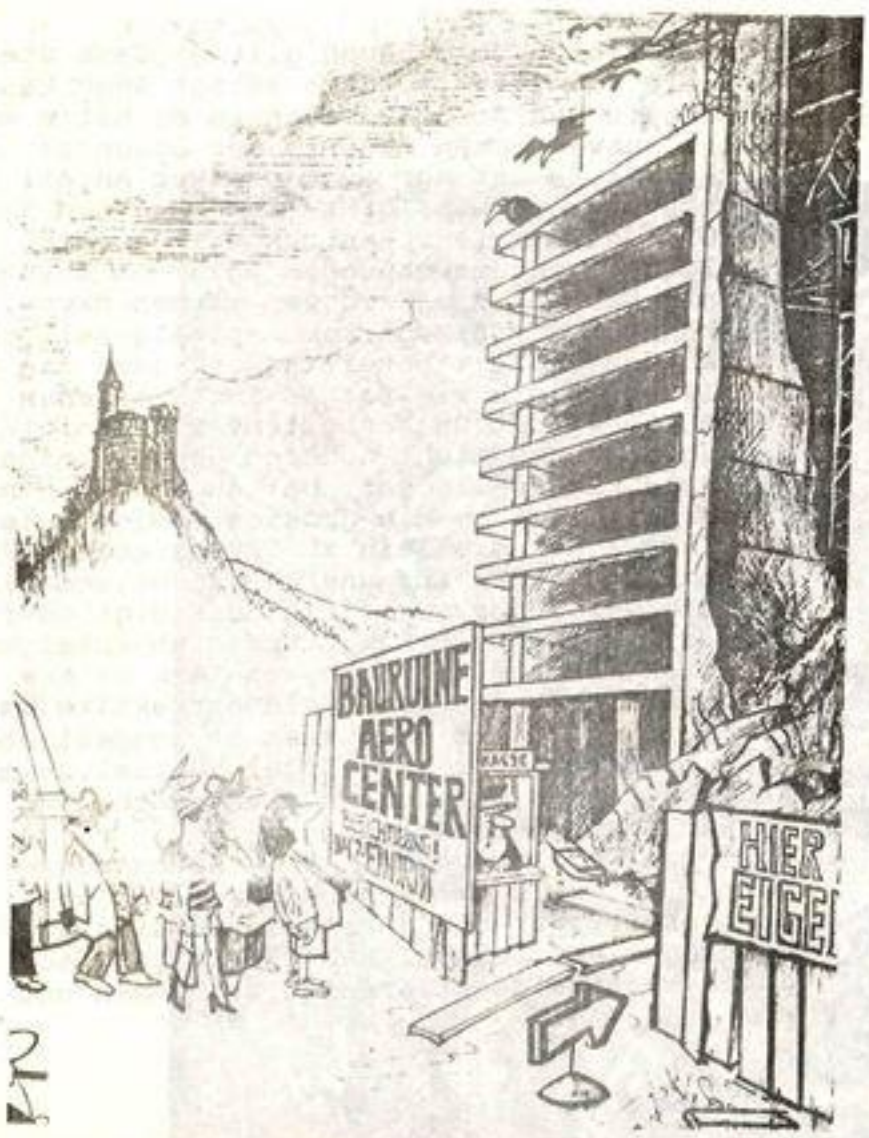
Donnerstag,
den 31.Oktober, geht's los!
Mit einem Riesen-Eröffnungsfest.
Da sind Sie sicher mit von der Partie.



Eins der Projekte von damals,das Ihme-Zentrum, ist inzwischen fertig.Die sternförmige City-erweiterung läuft allerdings vorerst nur in Richtung Oststadt(am Raschplatz),die Passerelle, direkte Fussgängerverbindung zwischen City und Lister Meile(Einkaufstrasse in der Oststadt) wurde vor kurzem eröffnet.Es ist fraglich,ob das damalige Konzept für die Stadtentwicklung überhaupt aufrecht erhalten wird,während man damals noch von attraktiven Baukomplexen sprach heisst es heute:"Gegen`weiteren Gigantismus in der City` SPD-Bauausschussmitglieder warnen/ Kröpcke und Raschplatz`an der Grenze des vertretbaren"(HAZ 2.8.74)
Trotz dieser Planänderung liest sich alles noch recht gut.Es war ein Bedarf an Bürofläche vorhanden,daraufhin wurde gebaut und nun steht wieder genug Bürofläche zur Verfügung.Das geht allerdings an den Realitäten des Kapitalismus vorbei.Es ist nicht so,dass im Kapitalismus für unmittelbare Bedürfnisse produziert würde.Produziert wird im Kapitalismus für Profitmaximierung.Das heisst es ist völlig unerheblich,ob die Büroräume und Eigentumswohnungen jemals benutzt werden.Der Gewinn (jedenfalls der wesentliche Anteil)entsteht nicht dadurch,dass Eigentumswohnungen verkauft oder Büroräume vermietet werden,sondern bereits früher,wenn etwa unbebaute oder "nur" mit Wohnhäusern bebaute Grundstücke in Gewerbefläche umgewandelt werden und dadurch Spekulationsgewinne erzielen.Beim Bauen gilt es dann Steuervorteile zu nutzen,so dass selbst wenn Baugesellschaft und Stadt versichern es hätte keinerlei Subventionen gegeben,der Steuerzahler mitbezahlt.Es ist nur ein geringer Anteil an Eigenkapital notwendig.Man kann auf den Wert des Grundstückes,auf den zukünftigen Wert der fertigen Eigentumswohnungen Anleihen aufnehmen schon jetzt mit dem Geld von morgen bauen.
Man kann eine vielzahl von Kapitalgesellschaften an dem Projekt beteiligen,so dass die Baugesellschaft ein vielfaches ihres eigenen Vermögens verwaltet.Das"arbeiten" mit wenig Eigenkapital ermöglicht höheren Gewinn ,eine einzelne Baugesellschaft hat auch kaum genug Eigenkapital um so ein grosses Projekt wie das Ihme-Zentrum allein zu finanzieren,dafür wächst das Risiko ins unermessliche,wenn irgendein Geldgeber vorzeitig aussteigt oder wenn die Kosten die Erwartungen übersteigen, kann man erst weiterbauen,wenn man witere Geldgeber gefunden hat.Viele"attraktive Baukomplexe" sind als Bauruinen stehengeblieben. z.B. in Berlin der Steglitzer Kreisel,beim Kröpcke-Center musste die Stadt aushelfen um ähnliches zu verhindern.
Sind schliesslich die Eigentumswohnungen fertig,so zählt immer noch nicht der Gebrauchswert.Für den Kapitalisten sind die Wohnungen erst einmal Kapital.Er kann auf ihren Wert(Geldwert)Kredite aufnehmen und

anderswo investieren.Bekanntes Beispiel für Spekulation mit Eigentumswohnungen:(HAZ vom 2.3.74)"Trotz Bedarfs stehen 85o Wohnungen leer" Darunter 71o Eigentumswohnungen(in Hannover)Für die Kapitalisten bringt es mehr Gewinn,wenn sie die Wohnungen leerstehen lassen,denn dadurch können die Preise für die Wohnungen,die verkauft werden gehalten werden,ebenso der Wert(Kapital) der unverkauften Wohnungen.

Wenn man Stadt und Baugesellschaft glauben soll,dann geht es bei den Bauprojekten nicht um Spekulationsgewinne sondern um ein dem Allgemeinwohl dienendes Städtebauliches Konzept. So heisst es in der Ihme-Zeitung:"Aus einem Industrie-Slum,einem grauen Fleck im Stadtbild,wurde das neue Ihme-Zentrum mit Wohnungen und Geschäften."
In dem HAZ-Artikel über die rückläufigen Büromieten wird etwa so argumentiert:Weil es so wenig Bürofläche bei hoher Nachfrage gab wurde die Fläche in der City immer teurer,zu teuer für Wohnungen,so dass(das steht allerdings nicht in dem HAZ-Artikel)5oooo Leute innerhalb von 1o Jahren aus der Innenstadt wegziehen mussten Durch die Büroneubauten "sei es gelungen den Nachfragedruck bei knappem Angebot auf die Innenstadt zu mildern und zugleich Arbeitsplätze in der Nähe von Wohnungen und Verkehrslinien zu schaffen." Wie dass allerdings dazu führen soll,dass"die Gefahren.. . die durch die Konzentration von Verwaltungen,Banken und anderen Dienstleistungsbetrieben Hannovers zu kleiner City drohen" abgewendet werden sollen,(was Neubau von Wohnungen in der City hiesse) bleibt unklar.Wo in dem alten City-Gebiet werden jetzt Wohnungen neugebaut?
Dahinter stecken übtigens Prinzipien der freien Marktwirtschaft(d.h. möglichst ohne staatliche Eingriffe und alles durch Unternehmerinitiative) Die Stadt könnte nicht direkt den Bau von Wohnungen in der Innenstadt veranlassen,die Initiative dazu muss von den Unternehmern aus gehen, die Stadt kann nur versuchen die Sache für den Unternehmer möglichst profitabel zu machen.In diesem Fall dadurch,dass durch Neubau von Büros die Preise für Bürofläche sinken und somit auch Wohnfläche wieder profitabel wird.
Dahinter steckt ein Rechenfehler,der erst dann lösbar wird,wenn man auf die freie Marktwirtschaft als Prinzip verzichtet.Wenn Büromieten von 18Dm auf 1oDm/qm sinken,dann sind die Wohnungen,die dadurch profitabel werden immer noch unerschwinglich,dann ist das die Sorte Wohnungen, von der zur Zeit 85o leerstehen.

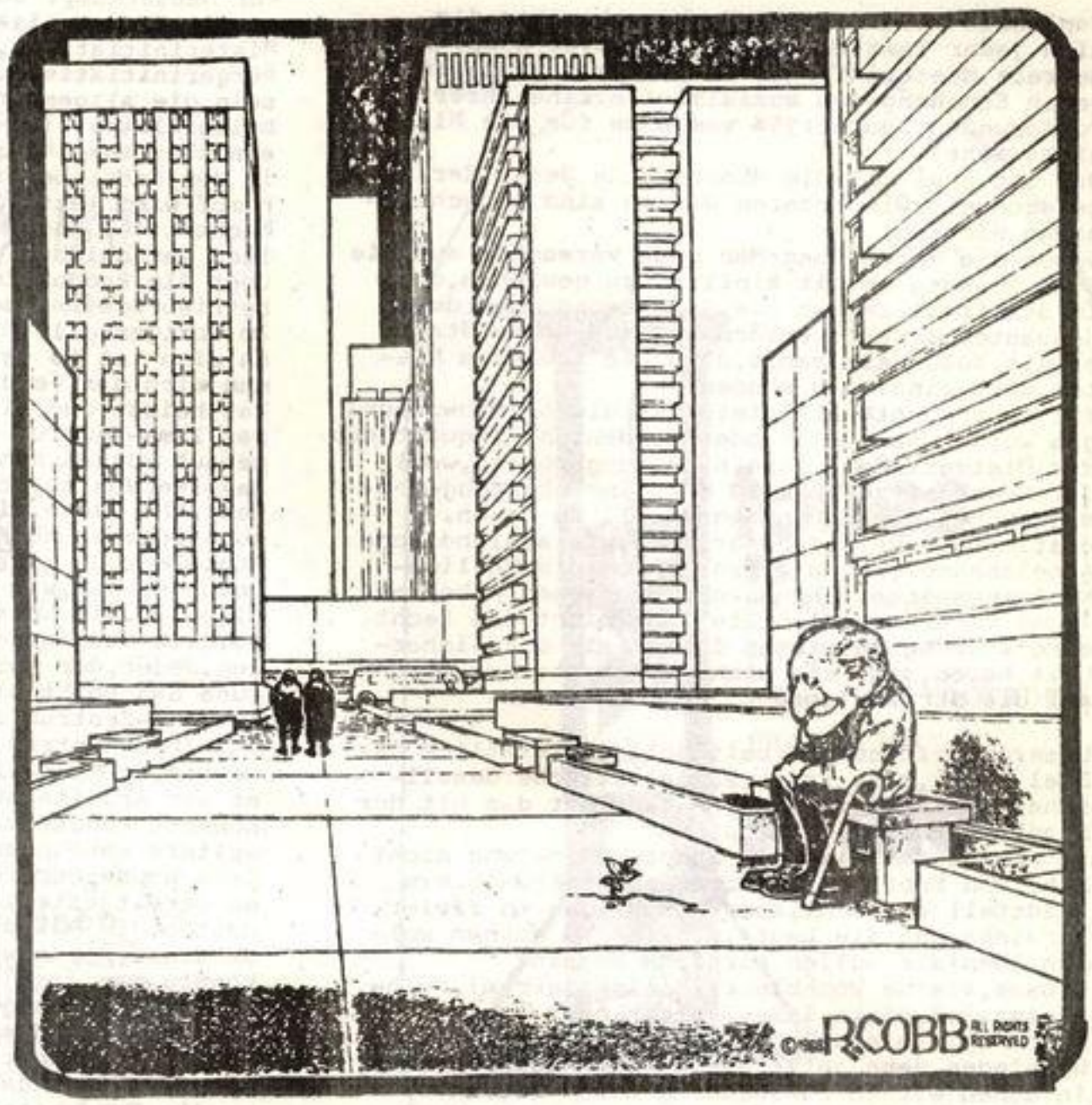


In dem Stadtentwicklungskonzept von 197o wird immerhin gesagt,dass es darum geht Büro und und Geschäftsfläche zu schaffen.Und diese Büroneubauten werden dann als eine Sache dargestellt, die dem Allgemeinwohl dient,mit beeindruckenden Wortschöpfungen:Kontaktzone,städtebauliche Akzente,attraktive Baukomplexe,es wird gelockt mit Arbeitsplätzen und Wohnungen(die sich doch nur Grossverdiener leisten können)und mit kommunalen Einrichtungen,die in die Baukomplexe eingegliedert werden sollen,doch diese öffentlichen Einrichtungen tauchen zwar in den Werbeschriften für die Bauprojekte auf,aber später werden sie aus Geldmangel gestrichen,am Raschplatz blieb von allen Plänen eine öffentliche Bedürfnisanstalt,das Ihmezentrum steht da besser da,immerhin gibt es ein Studentenwohnheim, Alten und Sozialwohnungen.
Man kann sagen,dass die Stadt mit dem Konzept von 197o gescheitert ist.Immerhin hat die Stadt inzwischen einige Erfahrungen sammeln müssen, die ungeheure Kostenexplosion(verursacht durch Spekulation),dann die Gefahr,dass eins der Projekte als Bauruine stehen bleibt,beim Kröpcke-Center war es ja fast soweit,Erpressungsversuche z.B.von Hertie mehr Verkaufsfläche zu bekommen oder aus dem Projekt auszusteigen und ständig ähnliche Schlagzeilen.
So entstand dann irgendwann der Kurswechsel gegen weiteren Gigantismus.
Hier ist auch zu nennen:die Debatte die im Augenblick läuft über die geplante Berufung von Hanns Adrian ins Stadtplanungsamt.Der war nämlich früher schon mal in Hannover im Stadtplanungsamt und hat damals die Pläne für die attraktiven Baukomplexe entwickelt.Die CDU ist gegen seine Wiederberufung eben deshalb,weil von ihm die Pläne kommen von denen jetzt niemand mehr etwas wissen will.Die SPD wehrt sich gegen diese Angriffe interessanterweise nicht indem sie die Pläne von damals Verteidigt,sondern imdem sie abwiegelt,das sei doch nur ein Diskussionsentwurf gewesen demnn damals auch die CDU zugestimmt habe.
Während man also die alten Stadtentwicklungspläne stillschweigend zu den Akten gelegt hat und allenfalls noch einen Schuldigen sucht, tritt die Stadt an die Öffentlichkeit mit dem "Stadtentwicklungsprogramm Hannover 1974-1985".Hier ist von Büro und Geschäftsbauten überhaupt keine Rede,als gäbe es so etwas überhaupt nicht.Wenn man diesem Stadtentwicklungsprogramm glauben darf werden bis 1985 nur noch Kinderspielplätze,Altenbegegnungsstätten,Nahverkehrsmittel,Hallenbäder,Freizeitheime und Stadtbüchereien gebaut.Die Neubaugebiete werden zu voll ausgestatteten Stadtteilen entwickelt, der Wohnwert der Altbaugebiete soll verbessert werden.Ausserdem sollen verstärkt die Bürger an den Entscheidungen beteiligt werden.
Wirklich das liest sich so als wären in zwei Wochen wahlen.

Ein paar Punkte konkret zum Ihme-Zentrum:
5oooo qm Gewerbefläche,45oooqm Bürofläche, 69oooqm Wohnfläche,insgesamt 1184 Wohnungen. Neben den Eigentumswohnungen gibt es von der Stadt geförderte:79 Altenwohnungen,1o1 Wohnungen aus dem Besitz der City Bau KG,eventuell 395 im Besitz von 2 Immobilienfonds befindliche Wohnungen,dann das von der Hermann-Ehlers-Stiftung getragene Studentenwohnheim mit 112 Zimmern.Die Wohnungen sind zum grössten Teil verkauft,allerdings nicht so sehr an Endverbraucher sondern mehr an Leute/ Kapitalgruppen,die das als Kapitalanlage sehen So heisst es in einer Stellungnahme der City Bau KG (HAZ 25.7.74)"Die City-Bau KG hat keinen Einfluss darauf,welchen Zweck die Erwerber der Wohnungen verfolgen:In betracht kommen Eigennutzung,Kapitalanlage durch Vermietung und/ oder Steuerersparnis."
Stadt und Baugesellschaft wünschen sich fürs Ihme-Zentrum eine soziale Mischung.Der Inhaber der City-Bau KG Schätzle meint dazu: (HAZ 24.7.74)

→

Schätzle spricht davon, von Anfang an habe er gegenüber der Stadt Hannover darauf hingewiesen, daß ein so großer Wohnkomplex „vor allem an dieser Stelle, in Linden", mehrschichtig genutzt werden müsse. „Ich habe gesagt, das dürfe keine soziale Monostruktur werden, nicht nur Eigentumswohnungen, Steuertrickwohnungen, sondern auch Sozialwohnungen, Altenwohnungen, Studentenwohnungen." Er, Schätzle, möchte jedenfalls nicht eines Morgens die Parole „Kapitalistenburg" an die Hauswände gepinselt sehen.



Was hat denn nun der einfache Mensch von all dies en Bauplänen,der,der weder Büros mieten, Eigentumswohnungen kaufen noch als Kapitalseigner Spekulationsgewinne erzielen kann,der all die Veränderungen in seiner Stadt als Arbeiter und Verbraucher erlebt.
Laut Haz vom 2.3.74 gibt es in Hannover 4500 Bedürftige,die dringend eine Wohnung brauchen. Nun es ist anzunehmen,dass es jetzt,ein halbes Jahr später,g nach all den Neubauten ein paar Hundert leerstehende Wohnungen mehr gibt,und noch genauso viele Bedürftige,denn die leerstehenden Wohnungen haben ja einen Haken,sie sind zu teuer.Und die Wohnungen die neugebaut werden sind aussschliesslich Eigentumswohnungen oder Sozialwohnungen mit Spitzenmieten von 5,3o/qm Kaltmiete.Hier also erst mal kein Fortschritt.
Gebaut wurde in einem Bereich zwischen City und angrenzendem Stadtteil,der vorher nicht oder kaum bebaut war (Trümmergrundstücke).Damit soll der Stadtteil an die City angeschlossen werden. Weil sich alles am Rand des Stadtteils abspielt wird zunächst einmal niemandem wehgetan.Die Bevölkerung sieht vor allem die Vorteile,bessere Verkehrsverbindungen(U-Bahn) bessere Einkaufsmöglichkeiten(Einkaufstrasse in der Oststadt, Kaufhaus im Ihme-Zentrum in Linden,Verbindung zur Innenstadt),viele Leute können,da gleichzeitig Neubaugebiete entstehen aus ihrer bisherigen verfallenden Altbauwohnung ausziehen und in eine moderne Neubauwohnung mit Heizung und Bad einziehen,die Entwicklung des Stadtbildes wird im allgemeinen begrüsst,oft hört man:Wenn das erst alles fertig ist,dann wird das wunderbar,
Gerade zu den letzten beiden Punkten gibt es auch Widerspruch.Das umsiedeln in Neubaugebiete läuft nicht immer freiwillig.Im Rahmen der Stadtentwicklung wird ein Stadtteil wie die Oststadt Spekulationsgebiet,d.h. es wird möglich plötzlich sehr viel mehr Geld zu verdienen als durch vermieten von Altbauwohnungen. Das kann dazu führen,dass ein Stadtteil im Laufe weniger Jahre vom Wohngebiet zum Bürogebiet wird,so wie im Franfurter Westebd.Dabei werden massenhaft Mieter vertrieben,ob sie wollen oder nicht.Besonders für ältere Leute,die ihr ganzes Leben in dem Stadtteil gewohnt haben ist das eine Katastrophe,sie verlieren alle sozialen Kontakte,sie haben keine Chance in ihrem neuen Wohngebiet wieder Fuss zu fassen.
Im Neubaugebiet zahlt man die 3fache Miete, man zwar Bad und Heizung muss aber von Wasser und Brot leben,oder realistischer:die Frau muss mitverdienen gehen,die bessere Schulbildung für die Kinder wird natürlich auch gestrichen.Trotz der besseren Wohnung also eine Verschlechterung des Lebensstandards.Dazu kommt,dass (was die Stadt bis 1985 ändern will)man im Neubaugebiet ausser der Wohnung erst mal nur eine Bushaltestelle und einen Supermarkt hat und sonst nichts.Kinderspielplatz ist die Baustelle.
Zum Stadtbild:Einige Leute haben sich schon so an die frühkapitalistischen Mietskasernen gewöhnt(natürlich gewachsenes Stadtbild),dass sie die Hochhäuser als Betonsilos verurteilen als ob Altbauwohnungen das nicht wären.
Uns kann es sicher nicht darum gehen diese Gründe zu unterstützen,an die Hochhäuser wird man sich genauso gewöhnen,wie man sich an die Mietkasernen gewöhnt hat.Ein Kampf gegen Hochhäuser ist daher genauso sinnvoll oder sinnlos,wie der Kampf für Altbauwohnungen.Unseren Wohnbedürfnissen Entspricht beides nicht.
Entscheiden sollte in dieser Frage,was auch noch in Zukunft gültigkeit hat.Die Altbauwohnungen zerfallen ohnehin,sind bestenfalls noch 2o-3o Jahre bewohnbar.Ein Kampf für die Erhaltung von Altbauwohnungen läuft deshalb auf Rückzugsgefechte hinaus.Da in den Altbauwohnungen zunehmend sozial benachteiligte Gruppen(Ausländer Studenten)die sich hohe Mieten nicht leisten können,wohnen werden,sollten wir schon jetzt für das Recht kämpfen in einer Neubauwohnung wohnen zu können und zwar ohne Einschränkung unseres Lebensstandards.

Man würde also fordern,Neubauwohnungen,die sich jeder leisten kann.In Hannover kämpften mehrere Mieterinitiativen u.a. mit Mietstreiks gegen Erhöhung von Sozialmieten.Eine ihrer Forderungen lautet:15% vom Lohn für die Miete- nicht mehr!
Das ist erst mal die ökonomische Seite der Angelegenheit.Die anderen Seiten sind jedoch genauso wichtig.
Gegen die Verteibung:Man muss versuchen auf die Stadtplanung soweit Einfluss zu gewinnen,dass im Stadtteil selbst die Altbauwohnungen durch Neubauten ersetzt werden und ddass die Stadt soweit Zuschüsse zahlt,dass die früheren Mieter dort einziehen können.
Für mehr Rechte als Mieter.In die Altbauwohnungen werden Ausländer oder Studenten einquartiert mit Mietverträgen ohne Kündigungsschutz,weil der Hausbesitzer,sobald er seine Abbruchgenehmigung hat,gleich anfangen will zu bauen.
Bestimmte Bevölkerungsgruppen,wie ausländische Arbeitnehmer,haben offenbar nur die Möglichkeit in solche Wohnungen einzuziehen,haben auf Grund ihrer sozialen Stellung nicht das Recht eine Wohnung zu mieten in der sie die Sicherheit haben,dass sie nicht von heute auf morgen auf die Strasse gesetzt werden können.

Unsere politische Arbeit soll ja letztlich das Ziel haben eine freie,sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen.Was hat das mit der Stadtteilproblematik zu tun?
Im Sozialismus ist die Stadtentwicklung nicht mehr von Profitmaximierung abhängig.Wie ein Stadtteil aussieht,das entscheiden in freier Vereinbarung die Leute,die in ihm Wohnen wollen.Eben!Wie wollen wir denn Wohnen?
Grosse,kleine Wohnblocks(Mietskasernen),Hochhäuser,2,3,viele Ihme-Zentren,oder lauter Landkommunen? So etwas sollte man sich jetzt schon überlegen,denn jetzt werden die Häuser gebaut, in denen wir in 2o-3oJahren Leben werden.
Unsere Zukunft liegt in den Neubauwohnungen, also gilt es hierfür rechtzeitig Wohnqualität und niedrige Mieten zu erkämpfen.Das ist ein grundsätzlich anderer Ansatz als die bisherige Form des Häuserkampfes,der sich in erster Linie gegen die Verteeibung von Mietern aus ihrem Stadtteil wendet.Was dazu führt,das Altbauwohnungen und manchmal noch ihre Trümmer mit einem riesigen Aufwand,wie in Frankfurt,gegen die Polizei verteidigt werden.
Notwendig wäre dagegen sich die Rechte an den Neubauten zu sichern.

Für Häuserkampf und Stadtteilarbeit gibt es spezielle Organisationsformen,Stadtteilgruppen Mieterinitiativen,Häuserräte,Mieterräte, Bürgerinitiativen.Doch sollte es auch Ziel sein die allgemeine Kampforganisation der Arbeiterklasse,die Gewerkschaft,in diesen Kampf einzubeziehen.Häuserkampf losgelöst vom Kampf in den Betrieben ist sowieso Unsinn.Jeder Kampf wird letztlich entschieden durch die Machtmittel und politische Macht wird letztlich entschieden durch die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. Ein Streik im Betrieb bewirkt mehr als ein Mietstreik.
Im übrigen gilt Mieterhöhung=Lohnkürzung.
An sich ist es egal von welchem Kapitalisten man sich das Geld einklagt.
Was heisst das alles fürs Ihme-Zentrum?
Das Ihme-Zentrum ist mit ziemlich viel Aufwand gebaut worden,nun sollte es auch der ganzen Bevölkerung zugute kommen und das sind in der Mehrzahl Leute,die sich keine Eigentumswohnung leisten können.Soziale Mischung für das Ihme-Zentrum muss heissen,dass dort eben solche Leute wohnen,wie im ganzen Stadtteil Linden.
Also z.B.die Leute,die durch die Sanierungspolitik aus ihren Wohnungen vertrieben wurden.Jeder,der 4oStunden in der Woche arbeitet muss das Recht haben in solchen Wohnungen,wie im Ihme-Zentrum zu wohnen.Schätzle fürchtet, das Ihme-Zentrum könne zur Kapitalistenburg werden,nehmen wir ihm diese Furcht,machen wir es zur Arbeiterburg.
Konkret könnte man fordern,dass die Stadt noch weitere Wohnungen im Ihme-Zentrum subventioniert. Dass Wohnungen für bestimmte bedürftige Familien bereitgestellt werden,wobei die Stadt alle Kosten,die 15% des Lohnes übersteigen,übernimmt.
Um diese Forderungen demonstrativ zu untermauern könnte man das Ihme-Zentrum(also einige leerstehende Wohnungen im I.-Z.)besetzen.
Eventuell sind auch andere Aktionsformen sinnvoller.Z.B.könnte man die Türschilder mit Namen von Wohnungssuchenden beschriften und dazu die Presse(und die Lindener natürlich)einladen.
Nun so wie wir die Linke im Augenblick einschätzen wird wahrscheinlich nichts dergleichen geschehen.Nicht xxx weil die Kräfte dazu nicht reichen sondern weil die Linke, die die Stadtteilarbeit trägt,noch nicht den Schritt gegangen ist nicht nur billige Wohnungen zu fordern sondern auch gute.
Jetzt,wo es Neubauwohnungen(leerstehende) im eigenen Stadtteil gibt,also Neubau nicht auch gleich Vertreibung heisst,sollte man hier seine Strategie ändern.

TODESSTRAFE

durch die

HINTERTÜR

würde man seine informationen etwa ausschließlich aus der HAZ beziehen,wäre die welt auch nach dem 16.9. genauso in ordnung (bes ser:nicht in ordnun g)wie vorher auch.in einem artikel über eine konferenz der minister des inneren vom 15.9. erfuhr man den harmlosen beschluß,eine einheitliche polizei uniform einzuführen und den weni ger harmlosen jedoch normalen ein spruch gegen ein streikrecht für beamte.verschwiegen wurde hingegen die geplante relegalisierung der todesstrafe.

eigentlich ist todesstrafe nicht ganz das richtige wort.denn das würde bedeuten,mord aufgrund eines richterlichen urteils nach voraus gegangenem prozeß und sogar ein er revisionsmöglichkeit.hier soll aber beamten der "ordnungskräfte" ein freibrief für lynchjustiz er teilt werden.man fragt sich viel leicht weshalb dazu erst der ju ristische aufwand;weshalb leistet es sich die BRD ihre faschistuiden tendenzen offenzulegen?selbst in den USA gibt es für den terror der polizeitruppen in den slums der großstädte keine andere rückendec kung als die stillschweigende billigung der behörden.auch bei uns reichten bis jetzt - dank freu ndlicher unterstützung durch die medien - die notwehrbestimmungen und ähnliches aus,die helfer ihrer freunde vor folgen zu bewahren.

etwa bei den in allen bundesländern und berlin (west) existieren den mobilen einsatzkommandos (MEK), die nicht gerade dafür bekannt sind viele gefangene zu machen.erwähnt sei hier nur der hamburger banküberfall vom 18.4.74 oder der tod des münchner taxifahrers günter jendrian.andere einheiten stehen nicht sonderlich nach:

der duisburger arbeiter günter routier (sympatisant der KPD/ML) ist über ein amtsgerichtsurteil gegen einen kollegen so empört,daß er vom fenster des saals eine rede an demonstranten und passanten hält. von einigen polizeirockern wird er brutal zusammengeschlagen und inhaftiert.routier litt an der bluter krankheit,bekam aber mehrere tage keine ärztliche hilfe.er starb am 18.6.74.(in "bild" erschien keine balkenüberschrift:familienvater von x kindern ...,wie etwa bei einem hamburger polizeihauptkommisar,der

im märz 72 nach einer schießerei mit der RAF starb).die beispiele könnten eine ganze NF füllen.
warum reicht also plötzlich der hinweis auf "putative notwehr" (vermeindliche notwehr) oder auf einen"bedauerlichen fehlschuß" nicht mehr aus?
bereits im august 72 erschien in der zeitschrift pardon anläßlich der erschießung von iain mac leod ein artikel von otto köhler:die putativ-killer sind unter uns. (pardon 8 72)darin heißt es,daß in

> den fünf Jahren von 1966 bis 1970 in fünf Ländern der Bundesrepublik, die 60 Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen, in 1263 Fällen Polizeibeamte von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hatten. Dabei wurden 181 Personen verletzt und 37 getötet.

und inzwischen hat es sicherlich auch hier eine kleine inflation gegeben.nur waren seinerzeit noch hauptsächlich sogenannte "ordentliche kriminelle" die opfer.als dann während und nach den RAF-aktivitäten zunehmend auch genossen erschossen wurden,erwachten immer mehr leute aus der linken bewegung. selbst massiv vom polizeiterror betroffen erkanntenman ihn endlich in seinen größeren ausmaßen.durch die aktivität linker gruppen wurde natürlich auch die verschleierung der artiger"unglücksfälle"immer schwieriger.zunächst glich die springerpresse aus.zum bereits erwähnten hamburger banküberfall schrieb "bild" erst von einem MEK-beamten der aus 2o zentimeter entfernung die tödlichen schüsse auf den bösen räuber abgab,um zwei seiten später zu beteuern,die polizei hätte keinen fehler begangen,denn aus rücksicht auf die geisel (die von dem MEK-schützen ebenfalls verletzt wurde) hätte man nur auf den kopf des täters zielen können.trotzdem viel auf im liberalen lager der bürgerlichen presse langsam auf,wie lässig die untersuchung tödlicher polizeischüsse gehandhabt wird.was also tun? nun,wo kein richter zuständig ist, klagt kein bürgerlicher journalist. was ist also einfacher als uniformierten totschlägern volle juristische rückendeckung zu geben?
diese lösung hat sogar einen weiteren vorteil;sie ermöglicht die eskalation.denn einige genossen werden sich vielleicht überlegen,ob es nicht besser ist einen beamten des MEK in putativer notwehr zu erschießen bevor sie von diesem abgeknallt werden können.und wäre eine zweite RAF ähnlicher stärke nicht ein lohnenswertes ziel für die herren innenminister?schließlich - wirksame innere feindbilder sind rar.

Plattform von Klaus Öllerer

Dieser Fall geht jeden an. Jedermann, jede Organisation ist zur Solidarität aufgerufen!

Der ehemalige Gefreite Klaus Öllerer wird vor Gericht gestellt. Er ist – nach einer 56 Seiten umfassenden Anklageschrift – beschuldigt, „fortgesetzt und planmäßig" Wehrkraftzersetzung betrieben und „vorsätzlich und rechtswidrig" eine fremde Sache beschädigt zu haben, indem er als Mitglied des hannoveraner Ausschusses „Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus!" antimilitaristische Propaganda betrieb und Parolen an Kasernenwände gemalt haben soll. Gegen weitere 17 Personen wurde ermittelt; nur gegen Klaus Öllerer wird als „Rädelsführer" mit großem Aufwand der Prozeß vorbereitet. Wird er verurteilt, hat Klaus Öllerer mit einer Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren zu rechnen.

Und es geht nicht um ihn allein; sein Fall ist ein Präzedenzfall: es geht um einen Angriff auf die antimilitaristische Arbeit überhaupt; denn Klaus Öllerer wird vorgeworfen, „in Übereinstimmung mit den Zielen des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), der Jugendorganisation der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) als dessen Mitglied oder „Sympathisant" gehandelt zu haben und dabei „das Ziel verfolgte, die Bundeswehr als Organ zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland zu zersetzen und die freiheitlich demokratische Grundordnung durch die bewaffnete Revolution der ‚Arbeiterklasse' zur Errichtung der Diktatur des ‚Proletariats' zu beseitigen." (Anklageschrift)

Hier zeigt sich: Es geht nicht allein um die Verurteilung eines entschiedenen Antimilitaristen, sondern auch um die Illegalisierung von Organisationen, die den antimilitaristischen Kampf in der BRD tragen.

Zur Begründung der Anklage heißt es, „daß der Angeschuldigte zunächst mit dem Zeugen K... auf dessen Stube in der Kaserne politische Diskussionen u. a. über den Vietnamkrieg, zunächst unregelmäßig, später regelmäßig wöchentlich (führte). Im Laufe der Zeit kamen, zumeist auf Einladung des Zeugen K., weitere Soldaten zu dessen Diskussionsabende hinzu."

Es geht also über die Vorbereitung des Verbots einer Kommunistischen Organisation hinaus, vor allem auch darum, jede antiimperialistische Tätigkeit in der Bundeswehr, ja politische Meinungsäußerungen überhaupt zu kriminalisieren. Wer über Vietnam diskutiert, macht sich strafbar.

Der ganze Aufwand der Prozeßvorbereitung, der ganze Terror des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zeigt: hier soll ein einzelner verurteilt werden, um zunächst kommunistische, antiimperialistische Arbeit verbieten zu können, um damit aber auch die Grundlage dafür zu haben, jede, also auch pazifistische Regung in den Kasernen zu illegalisieren.

Denn was ist Wehrkraftzersetzung, für die Klaus Öllerer bestraft werden soll? Paragraph 109 d Strafgesetzbuch z. B. lautet:

„Wer unwahre oder gröblich entstellte Behauptungen tatsächlicher Art, deren Verbreitung geeignet ist, die Tätigkeit der BuWe zu stören, wider besseres Wissen zum Zweck der Verbreitung aufstellt oder solche Behauptungen in Kenntnis ihrer Unwahrheit verbreitet, um ie BuWe in der Erfüllung ihrer Aufgabe der Landesverteidigung zu behindern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft."

Wer also die Ausbilung faschistischer, z. B. südkoreanischer Offiziere in der Bundeswehr angreift...

wer die volksfeindlichen Übungen und Manöver der Bundeswehr gegen „Bahnhöfe blockierende Zivilbevölkerung", gegen „wilde Streiks", „gegen Demonstrationen von links" anprangert... (Zitat aus dem Manöverprotokoll von Wintex 71),

wer die gewerkschaftliche Organisation für Soldaten fordert...

wer aufzeigt, daß das deutsche Militär immer dort eingesetzt wurde und wird, wo Profitinteressen des Kapitals auf dem Spiel standen...,

wer das tut, der betreibt Wehrkraftzersetzung. Denn zwar ist es unbestreitbar, daß die Notstandsgesetze den Einsatz der Bundeswehr nach innen legal möglich macht, aber die Volksfeindlichkeit dieser Gesetze anzuprangern, das „stört" doch zweifellos die „Tätigkeit der Bundeswehr". Deshalb wird K.Ö. angeklagt, deshalb wurde er mit „rechtswidrigem" Terror des MAD verfolgt, von dem der Jurist Professor Seyffert schrieb, daß er den Tatbestand der Nötigung erfüllt und offene Gesinnungsschnüffelei darstellt.

Klaus Öllerer war „offen beschattet" worden in erster Linie zu dem Zweck, „psychischen Druck auszuüben und auf Dritte abschreckend zu wirken". (Prof. Seyffert) Nachbarn waren seinetwegen vom MAD belästigt worden, ebenso wie seine Freundin. Ihm folgte wochenlang ein Rattenschwanz von MAD-Spitzeln. Der MAD drohte damit, seinen todkranken Vater zu verhören. Dazu der Kommentar der MAD-Beamten: „Notfalls gehen wir über Leichen!" Das sind Terrormethoden, die in einer Reihe stehen mit der von Woche zu Woche zunehmenden Schießwütigkeit der Polizei, den physischen und psychischen Mißhandlungen der Häftlinge in den Gefängnissen der Bundesrepublik und den Verfolgungen fortschrittlicher Personen und Organisationen. WDR und NDR haben inzwischen in zwei Sendungen die Methoden des MAD in scharfer Form angegriffen – im Gegenteil zum „Spiegel", zu „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", „Hannoversche Presse" und „Frankfurter Rundschau", die sich weigerten, entsprechende Veröffentlichungen vorzunehmen.

Da fast in allen Kasernen Übungen und Manöver gegen die Arbeiterklasse durchgeführt werden, da jeder Konzern Rüstungsprodukte herstellt, da immer mehr Offiziere volksfeindlicher Regime in der Bundeswehr ausgebildet werden, muß jeder, der diese Tatsachen als Tatsachen benennt, mit einer Anklage wegen Wehrkraftzersetzung rechnen.

Den Gerichten wird dies leichter fallen, wenn Klaus Öllerer verurteilt wird.

Um den MAD-Terror in der ganzen Bundesrepublik möglichst zu verhindern, muß eine breite Solidaritätsbewegung aufgebaut werden, die diesen Terror in einem Zusammenhang sieht mit dem wachsenden Polizeiterror auf den Straßen und in den Gefängnissen.

Wenn an jedem Ort, in jedem Großbetrieb, in jeder Kaserne, in jeder Schule und Hochschule Kollegen und Soldaten für diese Solidarität gewonnen werden zu sagen: bei uns sieht es genau so aus, wie in Hannover, auch bei uns zeigt sich das Gesicht des Militarismus und Imperialismus in immer größerer Offenheit – dann wird diese Solidarität verhindern, daß Klaus Öllerer verurteilt wird, daß jede antimilitaristische Arbeit unter Anklage gestellt wird.

Deshalb rufen wir Euch auf:

- Übt praktische Solidarität mit Klaus Öllerer und anderen angeklagten Antimilitaristen, indem Ihr den Militarismus an Eurem Ort, in Eurer Fabrik, in Eurer Berufsschule, Schule, Hochschule und Kaserne angreift und zeigt: was Klaus Öllerer tat, das war eine gerechte Sache!
- Kämpft an Eurer Berufsschule, in Eurem Betrieb und an der Schule dafür, daß diese Plattform am Schwarzen Brett ausgehängt wird, daß Ihr Ausstellungen über den Militarismus durchführen und daß ihr in der Sozialkundestunde über die Bedeutung des Falls Öllerer reden dürft!
- Bittet fortschrittliche Personen und Organisationen, Presseorgane um ihre Unterschrift unter diese Plattform und um Unterstützung!
- Spendet für juristische Unterstützung und für Zeitungen und Schriften des Solidaritätsausschusses!
- Beteiligt Euch an der Solidaritätsdemonstration in Hannover!

KÄMPFT MIT UNS
FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN DER BUNDESWEHR!
FREISPRUCH FÜR KLAUS ÖLLERER!

FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTING IN DER BUNDESWEHR!

FREISPRUCH FÜR KLAUS ÖLLERER UND ALLE ANDEREN VERFOLGTEN ANTIMILITARISTEN!

Der ehemalige Gefreite Klaus Öllerer wird vor Gericht gestellt. Er ist beschuldigt "fortgesetzt planmäßige Wehrkraftzersetzung" betrieben und vorsätzlich und rechtswidrig eine Fremde Sache beschädigt zu haben, indem er als Mitglied des hannoverschen Soldatenausschusses "Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus" antiimlitaristische Propaganda betrieben und Parolen an die Wände gemalt haben soll.

Gegen 17 weitere Personen wurde ermittelt - nur gegen Klaus Öllerer wird als "Rädelsführer" mit großem Aufwand der Prozeß vorbereitet. Die anderen Ermittlungsverfahren wurden im Verlauf der Solidaritätsaktionen, die vom Solidaritätsausschuß Hannover durchgeführt wurden, eingestellt. Wenn Klaus Öllerer verurteilt wird, hat er mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren zu rechnen !

Die Vorwürfe gegen ihn lassen sich auf den Nenner bringen: Politische Meinungsäußerung in der Bundeswehr gegen die Bundeswehr.

Deshalb wird Klaus Öllerer angeklagt, deshalb wurde er mit "rechtswidrigem" Terror MAD verfolgt, von dem der Jurist Dr. Seifert schreibt, daß er den Tatbestand der Nötigung und der offenen Gesinnungsschnüffelei darstellt. Klaus Öllerer war offen beschattet wurden. Man drohte ihm sogar mit dem Verhör seines totkranken Vaters, wenn er nicht geständig sei.

KLAUS ÖLLERER IST KEIN EINZELFALL !

Auch in anderen Städten in der BRD werden Prozesse gegen antimilitaristische Soldaten vorbereitet. In München gegen Manfred Richter, der beschuldigt wird, die Druckschrift "Soldatenfaust" verbreitet zu haben. In Wetzlas gegen Lennart König - er wird beschuldigt, die "Soldatenfaust" verteilt zu haben. Nobert Pflüger in Rotenburg (Kassel) soll als "Rädelsführer" einer Soldatengruppe, die die Zeitung "Alheimer Druck" herausgibt, wegen Wehrkraftzersetzung angeklagt. Außerdem soll er dafür bestraft werden, daß er sich am Kantinen Boykott in seiner Kaserne beteiligte, und versuchte, andere Kameraden in Diskussionen von der Notwendigkeit eines solchen Boykotts zu überzeugen.

Hieraus wird kalr, daß es bei diesen Prozessen darum geht, alle Sol - daten, dietäglichen Drill, Schikane und totale Entrechtung in der Bundeswehr nicht länger hinnehmen, und sich dagegen wehren, noch verschärfter zu unterdrücken, regelrecht zu kriminalisieren. Daß dabei ei n so hoch gepriesenes demokratisches Grundrecht - das Grundrecht der fre ien Meinungsäußerung-mit Füßen getreten wird, liegt sowie im Interesse der Militaristen und der Justiz. Im Fall Klaus Öllerer geht es darum, eine kommunistische Organisation zu verbieten, um damit a l l e Organisationen, die antimilitaristisch arbeiten, zu kriminalisieren.

Im Frühjahr 1973 wurde in hannoverschen Kasernen der Ausschuß "Kampf dem BRD-Imperialismus und Militarismus" gegründet. Die Soldaten nahmen die tägliche Unterdrückung in der Bundeswehr nicht mehr tatenlos hin, ließen sich nicht einschüchtern und erkannten, daß man mit "Tage zählen" und dem eingebildeten Motten "Das kann mich alles gar nicht belasten" nicht aus der Mühle von Drill und Schikane herauskommen. Sie wußten auch, daß man sich mit Kriegsdienstverweigerung nur individuell den Militaristen entziehen kann und dadurch vor dem volksfeindlichen Charakter der BuWe die Augen verschließt und ihn damit eigentlich nur unterstützt. Die Soldaten schlossen sich zu=sammen und nahmen gemeinsam den Kampf gegen den Militarismus auf.

Durch Flugblätter, Aufkleber und Wandparolen machte der Ausschuß den Kameraden klar und der Öffentlichkeit klar:

- Die liefert Rüstungsmaterial nach Portugal, welches in den afrikanischen Kolonien gegen die Bevölkerung rücksichtslos eingesetzt wird. So ist das portugisische Söldnerheer mit deutschen Maschinengewehren, Panzerhandgranaten und anderem mehr ausgerüstet.

- Im Rahmen der Nato wird auch der Einfall in andere Länder durch die BuWe geprobt(NATO - Feuerwehr).

- In der BuWe werden Offiziere faschistischer Staaten zur Unterdrückung ihrer Völker ausgebildet. Ein marrokanischer Offizier war z.B. in der hannoverschen Scharnhorstkaserne.

- Die BuWe führt in riesigen Planspielen sowies auch ganz konkreten Übungen Bürgerkriegsmanöver durch, um den Einsatz gegen das eigene Volk zu proben. So werden die Zerschlagungen von Streiks, "Meuterei", Demonstrationen und Aufständen der Bevölkerung durchexerziert.

- Der Drill, die Schikane und das Verbot der politischen Betätigung dienen nur dazu, die Soldaten zu willenlosen Werkzeugen zu machen.

Sie machten damit, und indem sie versuchten, gemeinsame Widerstandsaktionen zu organisieren (Massenbeschwerde, "Bummeldienste",etc.), klar, daß die BuWe eine imperialistische und volksfeindliche Armee ist und daß man dagegen den gemeinsamen Kampf führen muß und auch kann. Nicht nur der hannoversche Soldatenausschuß organisierte den Kampf gegen den BRD-Imperialismus und Militarismus, sondern auch in anderen Kasernen überall in der BRD wurde der Kampf aufgenommen:

+ so wurden in der Braunschweiger Husaren-Kaserne und in der Hamburger Boehn-Kaserne Kantinenboykotts gegen die Wucherpreise durchgeführt
+ in vielen Kasernen der BuWe bildeten sich Soldatengruppen oder kommunistische Zellen, die den Kampf gegen Drill und Schikane, gegen die völlige politische Unterdrückung aufnahmen, und dort überall die Kameraden zu solidarischem Widerstand zusammenschlossen.
+ In Munsterlager weigerten sich während einer Parade eine Panzerbesatzung (4Mann) den teuren Blödsinn weiter mitzumachen, und ließ ihren Panzer einfach auf der Strecke stehen.
+ In vielen Kasernen wurden Parolen angebracht, die den imperialistischen Charakter der BuWe entlarvten und anprangerten.

+ Im Herbst 72 verweigerten die in Nienburg-Weser zur Ableistung des Gelöbnisses in der Clausewitz-Kaserne anstehenden wehrpflichtigen Rekruten, durch Buh-Rufe unter den Zuschauern ausgelöst, geschlossen das Nachsprechen des Vereidigungstextes.
+ In der Hamburger Boehn-Kaserne unterschrieb ein ganzer Zug geschlossen die Solidaritätserklärung für Klaus Öllerer.

So gelingt es in der BuWe immer mehr, die Kameraden im Widerstand gegen die imperialistische und volksfeindliche Armee zusammenzuschließen, oder auch zur Solidarität mit verfolgten Antimilitaristen zu gewinnen.

Wie erfolgreich dieser antimilitaristische Kampf ist, zeigt sich auch daran, daß Militaristen, MAD-Spitzel, Polizei und Klassenjustiz diese fortschrittlichen und kommunistischen Kameraden in verschärftem Maße verfolgt und terrorisiert.
Um zu belegen, daß der Kampf der Soldaten gegen den Militarismus richtig und notwendig ist und um die Öffentlichkeit in breitem Maße über den antimilitaristischen Kampf zu informieren und für seine Unterstützung zu gewinnen, wurde vom Solidaritätsausschuß Hannover in (inzwischen bundesweiten) Kampagnen und durch eine Ausstellung bewiesen:
Was Klaus Öllerer und die anderen verfolgten Soldaten gemacht haben, war eine gerechte Sache, war nicht "Wehrkraftzersetzung" sondern Aggressionskraftzersetzung!

Solidaritätsausschuss Hannover

VERANSTALTUNG:

FREIZEITHEIM LINDEN
am 1.11. um 19.30 Uhr

Hauptthema:
Funktion der Bundeswehr nach innen

KOMMT ZUM SOLIDARITÄTSAUSSCHUSS HANNOVER !

TREFF: Jeden MITTWOCH, 19 Uhr, Gaststätte "Neue Welt"
Davenstedter Str. 51 (Straßenbahnlinie 9 oder 19 in Richtung Empelde, Haltestelle Nieschlagstarße)

Zur Frage der antimilitaristischen Arbeit

Nachdem wir nun vorstehende Plattform und den Artikel vom "Solidaritätsausschuß Hannover" veröffentlichen, werden wir wohl mal wieder massiver Kritik von den anarchistischen Genossen ausgesetzt sein. Man wird uns unterstellen, daß wir die pRopaganda arbeit kommunistischer Gruppen, speziell der Kpd betreiben. Dazu muß aber festgestellt werden, das dies keinesfalls richtig ist. Einerseits war es und ist es immer notwendig, daß si ch auch und gerade die anarchistischen Gruppen mit allen verfolgten und angeklagten genossen solidarisieren, deren politische Arbeit sich gegen das herr. schende Syatem richtet, egal ob diese nun zu kommunistischen Parteien gehören oder mit ihnen sympatisieren.
Andererseits haben Die Genossen des "Solidaritätsausschusses Hannover" eine durchaus richtige und notwendige Arbeit geleistet, wegen derer sie nun und im besonderen Klaus Öllerer der verfolgung durch die Herrschenden ausgesetzt sind.
Gerade auch für uns Anarchisten ist es wichtig, uns über die Erfahrungen der kommunistischen Genossen über ihre antimilitaristische Arbeit zu informieren, und daraus zu lernen. Bisher wurde von anarchistischen Gruppen die Frage von Bundeswehr und antimilitaristischer Arbeit mehr oder weniger ignoriert oder nur theoretisch behandelt, mit ausnahmen Einzelner, die versuchten individuell und isoliert derartige Arbeit zu leisten. Meistens stellte sich für die Genossen das Problem nur dahingehend, wie kommt man am besten vom der Buweh vorbei, sei es durch untauglich schreiben lassen, vor der Musterung rechtzeitig nach Berlin ziehen etc.., oder falls alles nichts hilft, durch Kriegsdienstverweigerung. Das heißt, von den Genossen wurde das Problem nicht als politisches, sondern nur als individuell, materiell, persönlich zu überwindendes begriffen. Daher kommt es, das bisher antimilitaristische Arbeit primär von Kommunisten geleistet wurde, während pazifistische und reformistische Gruppen ihre Arbeit auf dem Gebiet der Verweigerung und des Ersatzdienstes betreiben.

Hiervon ausgehend, kann es für uns nicht darum gehen, weil wir bisher nicht in der Lage waren eigene antimilitaristische Arbeit zu leisten, das Problem aif sich beruhen zu lassen, und die Arbeit der Kommunisten nur zu kritisieren, weil sie Kommunisten sind! Wir können eine konsequente Kritik an deren Arbeit, die bestimmt an manchen Punkten richti und notwendig ist, nur dadurch manifestieren, wenn wir auf diesem Gebiet eigene und bessere Arbeit leisten.
Solange das nicht möglich ist, ist es in jdem Fall richtig, sich mit den politischen Forderungen und praktischen Kämpfen der antimilitaristisch arbeitenden Gruppen zu solidarisieren.
Im Besonderen sollten wir gerade den "Solidaritätsausschuß Hannover" und den angeklagten Genossen Klaus Öllerer unterstützen, indem wir ihnen auch weiterhin die Gelegenheit zur Veröffentlichung von Artikeln uhd Stellungnahmen in der "Nordeutschen Fresse" geben.- Auch wenn dies manchen 15o% Anarchisten nicht passen sollte.
Wir möchten noch auf die beiden nachfolgenden ID-Meldungen hinweisen besonders auf die aus Paris. Gerade in dieser notiz wird aufgezeigt, nicht nur theoretisch, wie bisher, daß man den Kampf gegen den Militarismus in Europa nicht nur national begreifen und führen muß, am Wichtigsten erscheint uns die These, die wir in Zukunft verstärkt berücksichtigen sollten, daß man den Dienst nicht nur im Militär, sondern auch den zivilen Ersatzdienst verweigern und bekäpfen sollte.!

- Für die Verweigerund jeglicher durch Gesetz aufgezwungener Arbeit für Staat und Kapital !
- Abschaffung von Militärdienst und zivilem Ersatzdienst!

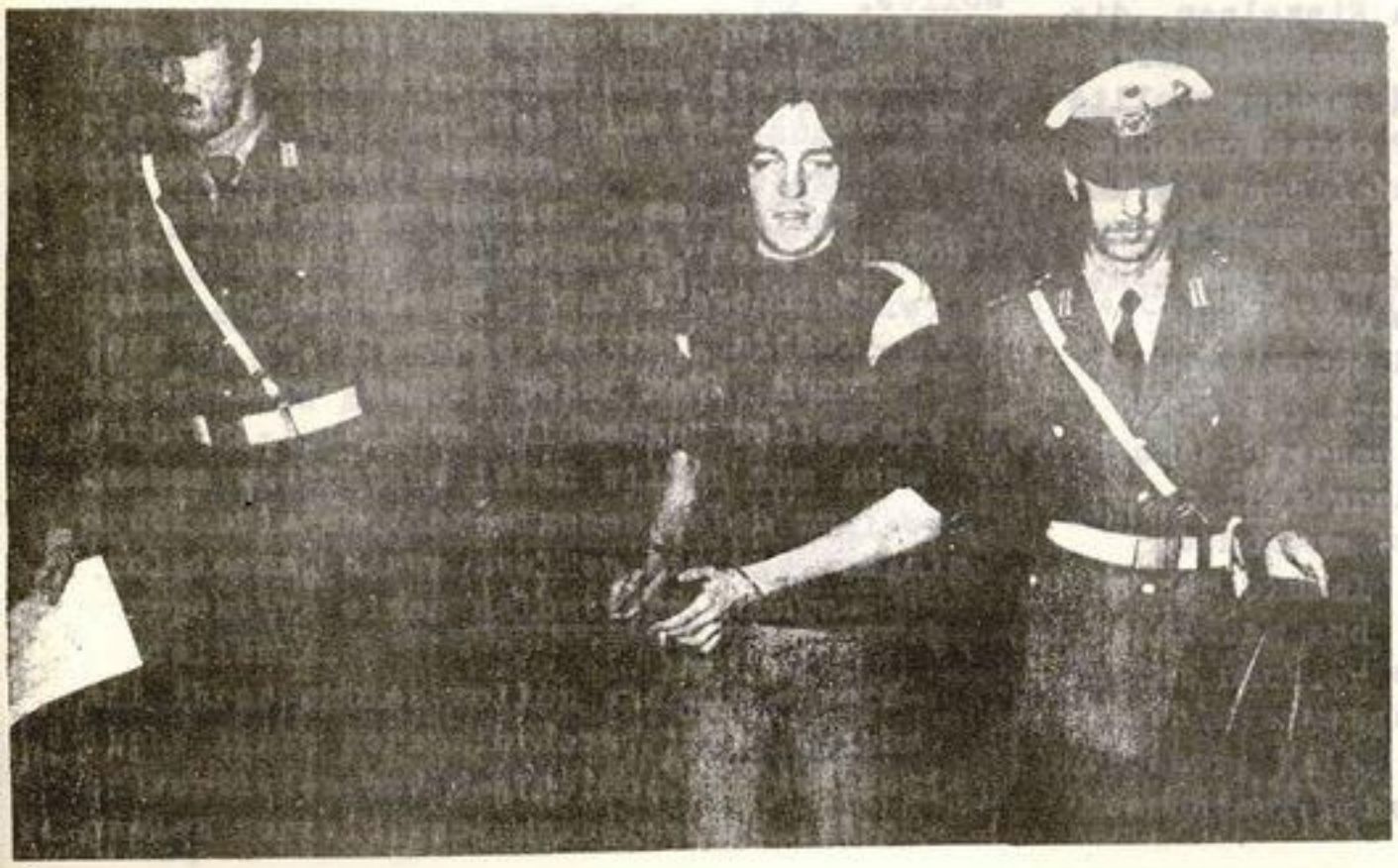
APH

INTERNATIONALER KOLLEKTIVER WIDERSTAND GEGEN MILITÄR

Paris (ID) 4.Oktober
am 1.oktober1974 wurde auf einer pressekonferenz in paris der erste kollektive widerstand gegen das militär·angekündigt, der neben der verweigerung des militärdienstes auch die verweigerung des zivildienstes beinhaltet. die zwölf widerständler kommen aus der brd, frankreich, italien und der schweiz und setzen sich somit der gefahr schwerer gefängnisstrafen aus. sie sagen, daß dies die erste aktion in einer widerstandskampagne gegen militarisierung ist, und daß eine reihe anderer aktionen folgen werden.
die zwölf widerständler j ean-pierre andre, philippe dallenghien, denis betton dalmazio bertulessi, jean bretonniere, jean fabre, francois feutren, michel mace, andrea negri, peter rath, henri verbrugghe, ulrich wildberger wollen mit diesem widerstand ihren willen zum ausdruck bringen, ihr eigenes leben zu kontrollieren. darum stellen sie sich in die perspektive eines selbstverwaltungs-sozialismus.
mit ihrer aktion wollen sie die europäische linke herausfordern, ihre analyse zu vertiefen und den mythos von der nationalen verteidigung angreifen, die heutzutage angesichts der multinationalen konzerne, der militärbündnisse, des neokolonialismus und der amerikanischen vorherrschaft in der kapitalistischen welt überholt ist.
die abschaffung der militärgerichte ist eine der besonderen förderungen für frankreich.
informationen:
jean fabre, international fellowship of reconcilation, 35 van elewyckstraat 1o5o brüssel belgien und h&w weber-zucht 35 kassel bettenhausen steinbruchweg 14

BUNDESWEHR ZWINGT KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ZUR FAHRT IN DIE KASERNE

Freiburg (ID) 9. Oktober
gestern um 1o.oo uhr wurde horst hamm im auftrag der bundeswehr durch plizei von seinem elternhaus in freiburg-hochdorf abgeholt und dem feldjägerkomando des fliegerhorstes bremgarten übergeben. unmenschliche verhältnisse beim feldjägerdienstkommando stellten horst vor die wahl, die nacht auf einem stuhl unter bewachung der feldjäger oder in einer abgeschlossenen arresrzelle zu verbringen. am folgenden tag wurde horst von einem abholkommando der bundeswehr in die kaserne nach lahnstein gebracht.
horst hamm ist kriegsdienstverweigerer aus gewissensgründen: vom prüfungsausschuß und von der prüfungskammer der bundeswehr wurde sein antrag auf anerkennung abgelehnt. trotz der noch ausstehenden dritten verhandlung beim verwaltungsgericht freiburg bekam er den einberufungsbescheid zum 1.oktober. horst hamm folgte seiner einmal getroffenen gewissensentscheidung und kam dem einberufungsbescheid nicht nach.er muß bei weiterer konsqunter befehlsverweigerung mit arreststrafen rechnen. in einem brief vom 1.1o. an den kommandeur schreibt er dazu:"ich kenne diese konsequenzen und ich weiß, daß mir im schlimmsten fall eine gefängnisstrafe droht. ich möchte aber von meinem verhalten weiterhin sagen, daß ich dieses verhalten für das einzig mögliche halte, daß ich persönlich vor meinem gewissen und mir verantworten kann."
wir fordern für horst hamm:
1. sofortige entlassung von der bundeswehr
2. sofortige anberaumung des verhandlungstermins vor dem verwaltungsgericht freiburg
flugblatt der gewaltfreien aktion freiburg und des ak frieden in der esg freiburg



Feldjäger schützen
das Grundgesetz
Kriegsdienstverweigerer
Bernd Beuthien
wird abgeführt

L E O N A R D C O H E N I N H A N N O V E R

Am 18.1o. leistete ich mir das teure Vergnügen das Konzert von Leonaed Cohen im Kuppelsaal zu besuchen.Es wurde wirklich teuer.Wie immer,wenn ich zu solchen Veranstaltungen gehe,habe ich auch diesmal mein Bandgerät mitgenommen und mitgeschnitten.Doch was bei ca.2o anderen Veranstaltungen niemanden gestört hatte,diesmal mochte man es nicht dulden.Kurz vor Ende des Konzerts hatte wohl jemand meine Mikrofone gesehen.Gleich darauf bemühten sich insgesamt 4 Leute um mich und untersuchten meine Sachen,doch das,was sie suchten,das Band,konnten sie nicht finden,so nahmen sie einfach die Sachen mit,1 Uher 44oo und 2 Sennheiser MD 421.
Kommentar:Gegen Ablieferung des Tonbandes könne ich mir die Sachen wieder abholen.
5 Minuten später,als Cohen endgültig von der Bühne verschwunden war,versuchte ich das Bandgerät wiederzubekommen.
Ich erklärte den Leuten,dass ich das Band nicht mehr hätte (was auch stimmt,das Band und meine Adresse habe ich als die 4 Leute kamen an einen mir nicht näher bekannten Nachbarn weitergegeben)und verlangte die Herausgabe meiner Sachen.Das wollte man aber nicht.Als ich daraufhin drohte mich notfalls an die Polizei zu wenden,erklärte man, dass man xx dann eben von meinem Bandgerät,das irgendwo hinter der Bühne verschwunden war,nichts wisse.Auch von meinem Angebot man könne doch gern meine Adresse haben und somit den Rechtsweg gegen mich einhalten wollte man nichts wissen.Man bat mich um Verständnis.Meine Adresse würde ihnen doch garnichts nützen,deshalb müsse man sich selbst helfen.Das erinnert an die Konzerte 7o/71 in Hannover,wo bezahlte Schläger nicht nur Leute ohne Eintrittskarte draussen halten sollten sondern auch Bandgeräte kaputtschlugen.

Natürlich habe ich Anzeige erstattet,doch wird mir das wohl wenig nützen.Die Geräte und die Leute,die sie mir abgenommen haben sind inzwischen einige 1ooo km weit weg.Zeugen für den Vorfall habe ich auch erst mal keine,und wenn würde mir das auch wenig nützen.Mama Concerts hat bessre Anwälte als ich.
Zur rechtlichen Situation:
Seitdem es das neue Urheberrechtgesetz gibt sind Bandaufnahmen zum persönlichen Gebrauch gestattet.Ausnahme:§53,4 Bei öffentlichen Veranstaltungen ist die Genehmigung des Künstlers, Veranstalters,Plattenfirma,Gema also irgendeines Berechtigten notwendig.
Die Leute hätten also durchaus einen Prozess gegen mich gewonnen,was für mich bedeutet hätte eventuell eine hohe Entschädigung an die Gema zahlen zu müssen und die Prozesskosten. Allerdings,da haben die Leute schon ganz recht,hätte man mir erst mal nachweisen müssen,dass ich überhaupt aufgenommen habe. Dem Gesetz nach ist es also verboten(ohne Genehmigung).Die Praxis sieht jedoch anders aus.
Bei Rockveranstaltungen sind es meist ein dutzend Leute,die aufnehmen.Vom Veranstalter kommen höchstens auflagen,dass keine Mikrofonstative aufgestellt werden,die die Sicht für die versperren würden,die dahinter xx sitzen.Die von den Plattenfirmen so gefürchteten Schwarzpressungen werden offen verkauft.
Übrigens auch fotografieren wäre genehmigungspflichtig,doch dagegen hatte man bei Cohen x offenbar nichts.
Wenn ihr mal irgendwo aufnehmen wollt:Zu zweit hingehen,Bandgerät und Mikrofone mit Jacken etc. verdecken,erst aufbauen,x wenns dunkel wird.Nichts herausgeben,schlimmstenfalls das Band gegen Quittung,beschlagnahmen(als Beweismittel)darf nur die Polizei und dann bekommt ihr die Sachen in jedem Fall zurück.Falls die Leute sich nicht an den Rechtsweg halten wollen,Terror machen notfalls das Konzert sprengen.
Immer ein Band zum beschlagnahmen bereithalten(Blow-up Trick)
Nicht vergessen,die Leute kennen die Paragraphen auch nicht und rechnen damit,dass du dich einschüchtern lässt.In diesem Fall ist die Polizei ausnahmsweise dein Freund.

G.K.

FRESSE

Gedenk Tag

ist diesmal der 1.november,an dem die frankfurter allgemeine zeitung 25 jahre bestehen wird.

O wie viel Leeres ist in der welt;
(PERSIUS:satire 1)

der königinmutter geht es gut.
der königin geht es gut.
dem König geht es gut.
auch den kindern des königspaares
geht es gut.
deutsche zeitungen berichten,es
herrschen nun wieder normale
verhältnisse in griechenland.

wolf wondratschek

über das grundgesetz

kriegsminister leber verdeutlicht uns freundlicherweise den sinn der grundrechte im grund gesetz der bundesrepublik deutsch land:
da in den nächsten jahren mit einem überschuß an rekruten zu rechnen ist,können wir das ver fahren für kriegsdienstverweige rer freizügiger handhaben

(frei zitiert)

ACHTUNG !

ERNEUTE NIEDERLAGE DES KAPITALISMUS !

wieder ist die stunde der revolution uns allen näher gerückt.eine neue selbstmord welle wird durch die managerbüros eilen und an den börsen werden die werte der chemiegiganten denen der automobilkonzerne folgen.der kapitalismus sieht einer neuen krise entgegen!

wasist

was ist geschehen?

"der spiegel" bewieß seinen konterrevolutionären charakter indem er die jahrhundertmeldung erst auf der letzten seite unterbrachte (nr.40/30.9. 74):den umweltsündern geht es an den kragen! den mördern unserer grünen wälder und auen wird bald entgültig das wahrhaft schmutzige handwerk gelegt.

geboren wurde die neue hoffnung in unserem süd lichem nachbarstaat - im fortschrittlichem bayern. dort,im herzen der amerikanisch besetzten zone, wurde unter einer reihe von gesetzentwürfen zum umweltschutz auch jene einmalige bestimmung ein gebracht.danach wird mit freiheitsentzug zwischen 1 Jahr und lebenslänglich bestraft,wer im frei staat bayern - fahrlässig oder absichtlich eine atombombe zündet!

et le combat cessa,faute de combattants
(und endlich schwieg der kampf,da es an kämpfern fehlte)

EIN GESPENST
geht um in EUPO
PA—HÄUS
ER KAMPF!
STREIK
WIR BRAUCHEN WOHN-
ungen.— KEINE NEUEN
BÜROS!!!
Betreten
Verboten
BESETZT
Friede den Hütten
Krieg den Pallästen